
25 Jahre Eidg. Kommission für Strahlenschutz

Les 25 ans de la Commission fédérale de la protection contre les radiations

Vorgeschichte

Artikel 38 des Bundesgesetzes über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz vom 23. Dezember 1959 verpflichtet den Bundesrat, Kommissionen zum Studium der Fragen der Atomenergie und des Strahlenschutzes zu ernennen.

Bereits im Jahre 1954 hat das damalige Eidg. Gesundheitsamt einen «*Technischen Ausschuss*» bestehend aus Fachleuten der Wissenschaft, Medizin, Industrie sowie Vertretern von interessierten Bundesstellen gebildet. Seine Aufgabe war es «*Richtlinien für den Schutz gegen ionisierende Strahlen*» zu erarbeiten. Diese wurden am 1. September 1955 publiziert.

Nachdem das Atomgesetz in Kraft getreten war, wurde dieser «*Technische Ausschuss*» erweitert und mit der Erarbeitung einer Strahlenschutzverordnung beauftragt. *Aus diesem Gremium entstand die spätere Eidg. Kommission für Strahlenschutz, welche vom Bundesrat auf den 1. Januar 1967 eingesetzt wurde.*

Die Kommission umfasste damals 25 Mitglieder. Zum Präsidenten ernannte der Bundesrat *Herrn Prof. G. Wagner*, welcher in den Jahren 1958 bis 1964 Chef der Sektion Strahlenschutz beim Eidg. Gesundheitsamt war und massgebend an der ersten Strahlenschutzverordnung mitgearbeitet hat.

Eidgenössische Kommission für Strahlenschutz (EKS)

Aufgaben

Die EKS ist eine ausserparlamentarische Kommission. Sie umfasst heute 23 Mitglieder. Bei der Zusammensetzung der Kommission wurde darauf geachtet, dass die am Strahlenschutz interessierten und massgeblich beteiligten Stellen durch kompetente Fachleute vertreten sind. Das Sekretariat wird durch die Abteilung Strahlenschutz des Bundesamtes für Gesundheitswesen sichergestellt.

Mit ihrer sehr hohen Fachkompetenz, ist die EKS in der Lage zu komplexen Themen und Problemen des Strahlenschutzes Stellung zu nehmen und die Behörden zu beraten. Sie nimmt teilweise auch Aufträge aus der Verwaltung entgegen und arbeitet Konzepte zu verschiedensten Problemen aus. Vorallem aber unterstützt sie die Behörden bei der Ausarbeitung von gesetzlichen Grundlagen wie z. B. die Verordnung über den Strahlenschutz und dazugehörigen Ausführungsvorschriften. Der grösste Teil der Arbeit wird in Subkommissionen und Expertengruppen geleistet.

Die *Subkommission für Ausbildungsfragen* ist ein koordinierendes Organ, welches die Vertreter der wichtigsten Institutionen der Schweiz vereinigt, die sich mit Ausbildung im Strahlenschutz befassen. Es sind dies insbesondere die Ärzteschaft, die Industrie, die SUVA, das Paul-Scherrer-Institut und als einzige kantonale Institution, welche Strahlenschutz-Ausbildung vermittelt, das Institut de radiophysique appliquée, Lausanne. Zudem berät diese Subkommission das Bundesamt für Gesundheitswesen bei der Durchführung eigener Kurse für die medizinische Anwendung radioaktiver Stoffe.

Die *Subkommission für medizinische Strahlenschutzfragen* wird öfters mit der Diskussion spezieller Fragen bezüglich Medizin und Strahlenschutz beauftragt. So hat sie sich in den vergangenen Jahren unter anderem kritisch über das

Historique

L'article 38 de la loi du 23 décembre 1959 sur l'utilisation pacifique de l'énergie atomique et la protection contre les radiations oblige le Conseil fédéral à nommer des commissions chargées d'étudier les problèmes relatifs à l'énergie atomique et à la protection contre les radiations.

En 1954 déjà, le Service fédéral de l'hygiène publique (ancienne dénomination de l'OFSP) avait constitué «*un comité technique*», composé de scientifiques, de médecins, de spécialistes de l'industrie ainsi que de représentants des services fédéraux intéressés. Ce comité avait reçu le mandat d'élaborer des «*directives concernant la protection contre les radiations ionisantes*», directives qui furent publiées le 1er septembre 1955.

Après l'entrée en vigueur de la loi atomique, le «*comité technique*» fut élargi et chargé d'élaborer une ordonnance sur la radioprotection. *De cet organisme est née la future Commission fédérale de la protection contre les radiations, créée par le Conseil fédéral le 1er janvier 1967.*

Cette commission était composée du 25 membres. Le Conseil fédéral avait nommé le professeur G. Wagner en qualité de président. Celui-ci était chef de la Section de la radioprotection du Service fédéral de l'hygiène et avait participé à l'élaboration de l'ordonnance sur la radioprotection.

Commission fédérale de la protection contre les radiations (CPR)

Tâches

La CPR est une commission extra-parlementaire. Elle est composée aujourd'hui de 23 membres. Lors de la formation de cette commission, on s'est appliqué à ne prendre que des gens compétents. Le secrétariat est assuré par la Division de la radioprotection de l'Office fédéral de la santé.

La Commission possède des compétences élevées et s'applique à conseiller les autorités lors de ses prises de position sur des thèmes et des problèmes complexes. Elle accepte aussi des mandats de l'administration et élabore des concepts sur différents problèmes. Elle soutient avant tout les autorités lors de l'élaboration des prescriptions légales comme l'ordonnance sur la radioprotection et les prescriptions d'exécution y relatives. La plus grande partie du travail se fait en sous-commission et groupe d'experts.

La *sous-commission pour les questions de formation* est un organe de coordination où sont représentés les institutions les plus importantes de Suisse qui s'occupent des problèmes de formation dans le domaine de la protection contre les radiations. Ce sont surtout le corps médical, l'industrie, la CNA, l'Institut Paul Scherrer (IPS) et l'Institut de radiophysique appliquée à Lausanne. Cette sous-commission conseille également l'Office fédéral de la santé publique pour l'élaboration de cours sur l'application à des fins médicales de substances radioactives.

La *sous-commission des questions médicales* liées à la radioprotection est le plus souvent chargée de traiter des questions ayant trait à la médecine et à la protection contre les radiations. Ces dernières années, elle a, par exemple, été

Schirmbild als Methode für Reihenuntersuchungen geäussert sowie ein befürwortendes Urteil zur Verteilung von Jodtabletten an Haushaltungen in der näheren und weiteren Umgebung von Kernkraftwerken abgegeben. Sie setzte sich ferner wiederholt mit der Problematik der medizinischen Versorgung von strahlenverletzten Patienten auseinander.

Bereits auf ein reiches Arbeitsergebnis kann auch die **Expertengruppe für Personendosimetrie** zurückblicken. In diesem Jahr präsentierte sie bereits den 15. Jahresbericht, *Dosimetrie der beruflich strahlenexponierten Personen in der Schweiz*. Darin wird über die Statistik der Dosen berichtet, welche von Personen, die durch ihren Beruf mit ionisierender Strahlung in Berührung kommen, akkumuliert werden. Die Expertengruppe befasst sich mit den Messmethoden, sammelt die ermittelten Dosen, organisiert Vergleichsmessungen und berichtet jährlich darüber. Der Dosisbeitrag durch die natürliche Strahlung wird subtrahiert. Diese fällt in die Kompetenz der Eidg. Kommission für die Überwachung der Radioaktivität, welche sich mit der Umweltradioaktivität befasst.

Seit kurzem führt die EKS auch eine **Expertengruppe «Wirkung kleiner Dosen»**. Diese wagt sich in ein Gebiet vor, das wissenschaftlich umstritten ist und gerade seit Tschernobyl häufig diskutiert wird. Sie kann dabei auf Arbeiten früherer Arbeitsgruppen aufbauen.

Wichtige Ereignisse und Meilensteine der Kommissionstätigkeit

Als am 19. April 1967 Herr Prof. Dr. phil. G. Wagner die erste Plenarsitzung der EKS eröffnete, betrug die Anzahl der beruflich strahlenexponierten Personen in der Schweiz ca. 17 000. Davon waren deren ca. 8500 dosimetrisch überwacht. Die Dosimetrie befand sich also im Aufbau. Anlässlich ihrer dritten Plenarsitzung liess sich die Kommission über das Ausmass und die Ursache des Unfalls im Forschungsreaktor von Lucens (16. April 1969) orientieren. Bald schon empfahl die EKS, eine Teilrevision der seit 1967 in Kraft stehenden Strahlenschutzverordnung in Angriff zu nehmen.

Im Vollzug der Strahlenschutzvorschriften gab es auch schon 1970 ähnliche Probleme wie heute. Dies veranlasste die Kommission, das damalige Eidg. Gesundheitsamt anzuregen, eine Checkliste zuhanden von Installationsfirmen von medizinischen Röntgenanlagen zu prüfen, um die Kontrolle von Neuanlagen zu vereinfachen.

Die EKS bewies auch, dass sie mit Weitsicht handelte. Mit Schreiben vom 6. Oktober 1977 beantragte der damalige Vorsitzende, Herr Prof. G. Wagner, die sich in Vorbereitung befindende Gesetzgebung über Kernenergie und Strahlenschutz zu entflechten und ein separates Bundesgesetz über den Strahlenschutz zu erarbeiten. Diesem Schreiben war bereits ein erster Gesetzesentwurf beigelegt. Der Bundesrat kam am 25. August 1982 auf diesen Vorschlag zurück, nachdem er vom negativen Ergebnis der Vernehmlassung des Vorentwurfs für ein Strahlenschutz- und Kernenergiegesetz Kenntnis nehmen musste. Er beauftragte das Eidg. Departement des Innern, einen Entwurf zu einem *Strahlenschutzgesetz* zu erarbeiten. Die Forderung der EKS aus dem Jahre 1977 war damit erfüllt.

Am 26. April 1986 ereignete sich in Tschernobyl der folgenschwere Kernkraftwerksunfall, welcher den Strahlenschutz allgemein und die Arbeit von Kommission und Behörden seither wesentlich beeinflusst. Die Kommission setzte sich immer wieder mit den Folgen des Unfalls von Tschernobyl auseinander. Sie stellte sich hinter die Empfehlungen der Einsatzgruppe der Kommission AC-Schutz, welche unter der Leitung von Herrn Prof. O. Huber während der ersten Wochen nach dem Ereignis für die Schweiz die Situation beurteilte. Der Kommissionspräsident und einzelne Mitglieder

appelée à donner son avis sur le port du dosimètre sous le tablier de plomb, ainsi que sur la prévention par l'iode. Elle s'est également occupée de la problématique du traitement des blessés par radiations.

Le groupe d'experts pour la dosimétrie individuelle peut également s'enorgueillir d'un excellent travail. Il présente, cette année, son quinzième rapport sur *«la dosimétrie des personnes professionnellement exposées aux radiations en Suisse»*. Ce groupe d'experts s'occupe de méthodes de mesures, de calibrage, élabore des statistiques, organise des mesures de comparaison et établit chaque année un rapport sur son travail. Ce genre de travail relève de la compétence de la Commission fédérale de surveillance de la radioactivité, laquelle traite des problèmes de la radioactivité dans l'environnement.

Depuis peu, la CPR dirige également le **groupe d'experts «effets des petites doses»**. Celui-ci s'aventure dans un domaine controversé scientifiquement et très souvent discuté depuis Tschernobyl, mais qui peut se baser sur les travaux des anciens groupes d'experts.

Points forts de l'activité de la Commission

Lorsque le 19 avril 1967, le *professeur G. Wagner* ouvrit la première séance de la CPR, environ 17 000 personnes étaient professionnellement exposées aux radiations, dont 8500 étaient soumises à la surveillance dosimétrique. La dosimétrie en était à ses débuts. Lors de la 3e séance plénière (16 avril 1969), la Commission a entendu un rapport sur l'ampleur et les causes de l'accident au réacteur expérimental de Lucens. Elle proposa alors d'entreprendre la révision partielle de l'OPR en vigueur depuis 1967.

L'exécution des prescriptions concernant la protection contre les radiations posait les mêmes difficultés en 1970 qu'aujourd'hui. C'est pourquoi la Commission proposa au Service fédéral de la santé publique d'établir une check-list à l'intention des maisons installatrices d'appareils à rayons X pour simplifier le contrôle des nouvelles installations.

La CPR a également prouvé qu'elle voyait loin. Par lettre du 6 octobre 1977, le président de la CPR, le professeur G. Wagner, propose de scinder la législation concernant l'énergie nucléaire et la radioprotection qui était en préparation, et d'élaborer une loi séparée pour la radioprotection. Il présenta un premier projet de loi. Le 25 août 1982, le Conseil fédéral, après avoir pris connaissance du résultat négatif de la consultation au sujet de l'avant-projet de loi sur la radioprotection et l'énergie nucléaire, donna mandat au DFI d'élaborer un projet de *loi sur la radioprotection*. La proposition faite par la CPR en 1977 se trouve ainsi réalisée.

Le 26 avril 1986, il se produisit un grave accident à la centrale nucléaire de Tschernobyl, lequel influença considérablement la protection contre les radiations ainsi que les travaux de la Commission et les autorités. La CPR se pencha sur les conséquences de la catastrophe de Tschernobyl et fit siennes les recommandations du groupe d'intervention de la Commission pour la protection AC, dirigé par le professeur O. Huber. Le président et quelques membres de la Commission furent appelés à participer à l'élaboration des décisions au sein du groupe de travail. La CPR a reconnu l'existence

der Kommission wurden teilweise für die Entscheidungsfindungen in der Einsatzgruppe zugezogen. Die EKS hat erkannt, dass bei der Information deutliche Mängel aufgetreten sind. Sie nahm daher gerne zur Kenntnis, dass die zuständigen Verwaltungsstellen ein umfassendes Informationskonzept erarbeiten werden.

Wie bereits bei der Erarbeitung früherer gesetzlicher Grundlagen im Strahlenschutz konnte die Verwaltung einige Kommissionsmitglieder für die Mitarbeit in den verschiedenen Gremien zur Ausarbeitung des Strahlenschutzgesetzes und bereits auch für die Erarbeitung einer neuen Strahlenschutzverordnung gewinnen. Das Strahlenschutzgesetz wurde am 22. März 1991 von den eidg. Räten verabschiedet.

d'importantes lacunes dans l'information. Elle a pris acte que les services administratifs compétents devaient s'employer à élaborer un concept global d'information.

L'administration put, comme déjà fait précédemment pour l'élaboration des bases légales relatives à la protection contre les radiations, obtenir la participation de quelques membres de la commission lors de l'élaboration de la loi sur la radioprotection ainsi que la nouvelle ordonnance, ceci en coopération avec les différents milieux intéressés. Cette loi a été adoptée par les Chambres fédérales le 22 mars 1991.

Zusammensetzung / Composition

Die EKS setzt sich heute aus folgenden Mitgliedern zusammen / La CPR se compose actuellement des membres suivants:

<i>Präsident / Président</i> Prof. Dr. med. dent.	Graf	Hans	Bern
<i>Vizepräsident / Vice-président</i> Prof. Dr. ès. sc.	Lerch	Pierre	Lausanne
<i>Mitglieder / Membres</i>			
Dr. ès. sc.	Baer	Teddy M.	Lausanne
Ing. chem. HTL	Bucher	Thaddäus	Döttingen
Dr. med.	Burger	Heinz	Grosshöchstetten
Dr. ès. sc.	Chollet	Lucien	Neuchâtel
Dr. méd.	Collart	François	Genève
Dr. med. vet.	Flückiger	Mark	Zürich
Prof. Dr. med.	Fridrich	Raimund	Basel
Prof. Dr. med.	Fuchs	Walter-Andreas	Zürich
Dr. sc. nat.	Lauffenburger	Thierry	Luzern
Prof. Dr. phil.	Loosli	Heinz-Hugo	Bern
dipl. Masch. Ing. ETH	Lüscher	Otto	Winterthur
MTRA	Hess-Maier	Pia	Basel
Dr. ès. sc.	Michaud	Bernard	Bern
PD Dr. phil.	Michel	Christian	Zürich
Dr. phil. nat.	Müller	Rudolf O.	Basel
Dr. med.	Pescia	Raoul	Zürich
dipl. Physiker	Prêtre	Serge B.	Würenlingen
Prof. Dr. phil.	Roth	Jakob	Basel
Dr. med.	Weickhardt	Ulrich	Luzern
dipl. Phys. ETH	Wernli	Christian	Villigen/PSI
Dr. sc. nat.	Zimmerli	Ulrich	Bern
<i>Sekretär / Secrétaire</i>	Wyss	Peter	Bern

Schlussbemerkungen

Die EKS hat in den 25 vergangenen Jahren viel Pionierarbeit geleistet und wesentliches zur Erarbeitung von Grundlagen im Strahlenschutz beigetragen. Herausragend ist wohl die Initialzündung im Jahre 1977 zum heutigen Strahlenschutzgesetz.

Die Kommission hat sich in der politischen Diskussion um die Kernenergie stets einer öffentlichen Stellungnahme enthalten. Sie hat aber aus fachlicher, wissenschaftlicher Sicht die Auffassung vertreten, dass die Kernenergie mit dem Stand der Technik, wie er in der Schweiz herrscht, vertretbar sei.

Eidg. Kommission für Strahlenschutz
Sekretariat ☎ 031 61 96 15

Remarques finales

La CPR a accompli, durant ces 25 dernières années, un travail de pionnier et contribué de façon prépondérante à l'élaboration des bases légales de la radioprotection. Sa proposition faite en 1977, et qui a constitué le point de départ de l'actuelle loi sur la radioprotection, mérite d'être tout particulièrement mise en évidence.

La Commission s'est toujours abstenue de prendre position dans le débat public sur l'énergie nucléaire. Elle a cependant toujours défendu l'opinion selon laquelle, du point de vue scientifique, la technique nucléaire en Suisse est d'un bon niveau.

Commission fédérale de la protection contre les radiations
Secrétariat ☎ 031 61 96 15